

17.10.1916

**Staatssekretär Helfferich über die Steuerverständigung.**

Im Steuerausschuß des Reichstags gab zu Beginn der heutigen Sitzung der Staatssekretär des Reichsschatzamt Dr. Helfferich nachstehende Erklärung ab:

Gestern und vorgestern haben Verhandlungen mit den Finanzministern der Bundesstaaten über die schwebenden Steuerfragen stattgefunden. Die Ergebnisse der Beratungen lassen erhoffen, daß die bisher noch ungeklärten Fragen zu einer Lösung geführt werden können. Angesichts des engen Zusammenhanges der verschiedenen Steuervorlagen erscheint es, bevor der Steuerausschuß seine Beratungen fortsetzt, nützlich abzuwarten, inwieweit sich die Hoffnung hinsichtlich der verschiedenen Punkte, die mit dem Gesetz über die Kriegsteuer in Zusammenhang stehen, erfüllt. Der Hauptausschuß des Reichstages wird morgen die zweite Lesung des Kriegsteuergesetzes vornehmen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden vertagte sich darauf der Steuerausschuß auf Freitag vormittag. Tagesordnung: Sämtliche Steuervorlagen.

Die Ministerpräsidenten und Finanzminister der Bundesstaaten haben sich, wie die „B. Z.“ erfährt, in der Reichsvermögenssteuer auf einen Vorschlag geeinigt, der vom Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich selbst ausgehen soll. Dieser Vorschlag stellt eine eigenartige Verbindung von Steuer- und Valutaminderung dar, um die „Zuwachssteuer“ auch auf solche Vermögen erstrecken zu können, die in Wirklichkeit nicht gestiegen sind. Die Wertminderung der Valuta würde bei der steuerlichen Einschätzung des Vermögens dadurch berücksichtigt werden, daß von vornherein von der Friedenshöhe des Vermögens ein Abschlag von etwa 10 v. H. gemacht werden würde. Würde zum Beispiel jemand im Frieden ein Vermögen von 100 000 M. gehabt haben, so würde es bei der steuerlichen Einschätzung zunächst nur mit dem Betrage von 90 000 M. veranschlagt werden. Beträgt es nun tatsächlich, ziffernmäßig, heute 95 000 M., so kämen die überschließenden 5000 M. als Wertzuwachs für die Besteuerung in Betracht. Ob die seltsame Logik dieses Ausgleichsvorschlages die Zustimmung des Steuerausschusses des Reichstages finden wird, dem er heute zugegangen ist, ist fraglich.